

NRW / Krefeld

DEBATTE

## Krefelder CDU sagt Ja zum Surfpark, wenn sie weiter mitentscheidet

19. Januar 2022 um 17:57 Uhr | Lesedauer: 3 Minuten



Surfen im Becken und nicht auf dem Meer – gibt es das bald auch in Krefeld? Foto: Wavegarden

**Krefeld. Mit einem Antrag im Rat am 20. Januar stellt die CDU-Fraktion ihre Bedingungen. Eine davon ist die Bildung eines entsprechenden Gremiums.**

Von [Stephan Esser](#)

Was die Gänse am Elfrather See so denken über all das, was sich im Auge der Ratssitzung am Donnerstag zum Surfpark politisch so alles zusammenbraut rund um das Rathaus und in zahlreichen Fraktionsbüros? Ja. Nein. Vielleicht doch. Wenn, dann aber. Erfahren werden wir es nicht vom Federvieh. Dafür herrscht jetzt Klarheit in der Fraktion der Christdemokraten. Die präsentierte gestern ihren Standpunkt zur Entscheidung, die Planungsunterlagen offenzulegen. Und die lautet – ja, aber nur wenn. Die CDU-Fraktion knüpft ihr Ja im Rat an Bedingungen, die sie in einem Antrag formuliert. Geht der vor der Abstimmung über die Offenlage durch, stimmt die CDU mit Ja. Werde der Antrag abgelehnt, gibt es ein Nein. Das sagten gestern unisono Peter Vermeulen, Sprecher für Bau und Planung der Fraktion, und die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Britta Oellers (MdL). Vermeulen wurde auf Nachfrage deutlich. Bei einem Nein zum CDU-Antrag sei der Surfpark tot.

Gleichwohl betonte er die Haltung der Fraktion mit dem Hinweis, selten sei ein Antrag so intensiv beraten worden, wie dieser. Gründlichkeit ginge vor Schnelligkeit, die Offenlage werde kein Freibrief für die Verwaltung sein, die Chance, die sich für Krefeld ergebe, könne man nicht liegen lassen, es müsse aber eine Verbindlichkeit geschaffen werden. Und: Wir sind verlässlich im Umgang. Wir haben aber unsere Bedingungen und werden nicht permanent nachverhandeln. Die Fraktion habe im Austausch mit dem Investor gestanden, noch am Montag habe es letzte Gespräche gegeben. Vermeulen: „Er kennt unseren Standpunkt und die Bedingungen.“ Die Mutmaßung, dass es keine unüberwindbaren Hindernisse im Forderungskatalog der CDU für den Investor gäbe, bestätigte Vermeulen.

## Lesen Sie auch

---



### TRENDS

Vorbild für Krefeld? In Stade wird eine Surfanlage realisiert

---

## Das fordert die CDU im Antrag für den Rat am Donnerstag

Die Politik wird in die Erarbeitung aller Verträge und Vereinbarungen mit dem Vorhabenträger eingebunden. Hierfür wird ein entsprechendes Gremium gebildet.

## Info

### Surfpark

**Auftrag** Die CDU fordert, dass die Verwaltung den weiteren Prozess enger mit der Politik abstimmt. Es habe sich bei anderen Bauprojekten als Vorteil erwiesen, wenn der Rat stärker in die Ausgestaltung von Verträgen, Vereinbarungen und sonstigen Abstimmungen eingebunden werde, anstatt am Ende lediglich über das Gesamtkonstrukt zu entscheiden. Wichtig ist: Das Projekt muss von einer breiten Mehrheit im Rat unterstützt werden.

Vom Investor erwartet sie, dass dieser gegenüber der Stadt die Kosten eines eventuellen Rückbaus durch eine selbstschuldnerische Bankbürgschaft oder die Hinterlegung einer entsprechenden Sicherheitsleistung in Geld absichert. Ohne diese Sicherstellung ist der Abschluss eines Erbpachtvertrages nicht zulässig.

## Lesen Sie auch

---



### ELFRATHER SEE

Grüne sagen Nein zum Surfpark in Krefeld - jetzt hängt alles von der CDU ab

---

Der Vorhabenträger ersetzt den ökologischen Ausgleich durch Ankauf von Ökopunkten bei der Stadt zu in Krefeld marktüblichen Konditionen.

Die für die Realisierung des Vorhabens erforderliche Fläche wird durch die Stadt gegen für gewerbliche Vorhaben marktübliche Preise zur Abgeltung einer Erbpacht angeboten.

Der Investor beteiligt sich angemessen an den Kosten für Anpassungen der Verkehrsinfrastruktur.

Sollte beim Bodenaushub belastetes Material gefunden werden, übernimmt der Vorhabenträger die Kosten.

**Das sind die Bedingungen an die Stadtverwaltung**

Der Surfpark, der Ausbau der Naherholung und des Sports sind die wesentlichen Bausteine des Masterplans Elfrather See. Die Stadt stellt anhand verbindlicher Zeitpläne und Mitteleinplanungen sicher, dass alle Bausteine des Masterplans zeitnah mit der Fertigstellung des Surfparks umgesetzt werden (2025).

Die notwendigen Kosten für die geplante Verkehrsinfrastruktur (inkl. Parkplätze) werden ermittelt und eine Kostenplanung dem Rat zur Verfügung gestellt.

Fragen zum Verkehr werden in enger Abstimmung mit den Nachbarkommunen geklärt.

Eine Baugenehmigung wird erst nach Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan erteilt. Eine Vorabzulassung nach § 33 Abs. 1 BauGB erfolgt nicht.

Als dritte Bedingung fordert die CDU, ähnlich wie die FDP in einer Stellungnahme, der Rat der Stadt Krefeld behält sich alle zu treffenden Entscheidungen im Kontext des Projekts Surfpark und Masterplanprozess E-See nach § 41 Abs. 3 GO NRW vor.

---